

Niederschrift

über die 17. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz am Donnerstag, 14.11.2024 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40 in 40721 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Klaus-Dieter Bartel	Bündnis 90/Die Grünen
--------------------------	-----------------------

stell. Vorsitz

Herr Kevin Schneider	CDU
----------------------	-----

Ratsmitglieder

Herr Christian Gartmann	CDU
Herr Thomas Grünendahl	CDU
Herr Ramon Kimmel	CDU
Herr Matthias Schumann	CDU
Frau Kimberly Lynn Bauer	SPD
Frau Hannah Hammer	SPD
Frau Henrike Lindenberg	SPD
Frau Helen Kehmeier	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Hartmut Toska	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dorothea Spielmann-Locks	BÜRGERAKTION

Sachkundige Bürger/innen

Herr Ben Juan Eisenblätter	SPD
Harald Roßbach	FDP
Herr Darius Alexander Behner	Allianz für Hilden

Beratende Mitglieder

Herr Dieter Englich	Behindertenbeirat
---------------------	-------------------

Beiräte

Frau Christel Gerling	Seniorenbeirat
-----------------------	----------------

Von der Verwaltung

Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger	Stadt Hilden
Frau Souldeep Duggal	Stadt Hilden
Frau Lara Desiré Müller	Stadt Hilden
Herr Peter Palitza	Stadt Hilden
Herr Uwe Schielke	
Frau Geri Schwenger	Stadt Hilden
Frau Sabine Weiss	Stadt Hilden

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- | | | |
|------|--|-------------------------|
| 1 | Befangenheitserklärungen | |
| 2 | Beschlusskontrolle der Beschlüsse des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz, Stand Oktober 2024 | WP 20-25 SV
26/065 |
| 3 | Ergebnisse Gestaltungskonzepte Multifunktionale Flächen | WP 20-25 SV
66/120 |
| 4 | Anregung nach § 24 GO vom 29.07.2024: Prüfung von Fördermöglichkeiten für das Konzept Schwammstadt | WP 20-25 SV
66/121 |
| 5 | Anregung nach § 24 GO NRW:
Erhebung einer örtlichen Verbrauchssteuer auf Einweg-Takeaway-Verpackungen | WP 20-25 SV
20/133/1 |
| 6 | Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen v.10.09.2024; Infokampagne Klimaneutrale Stadt | WP 20-25 SV
01/197 |
| 7 | Entwurf des Endberichtes der Kommunalen Wärmeplanung; hier: Offenlagebeschluss | WP 20-25 SV
61/194 |
| 8 | Öffnungszeiten des Wertstoffhofes des Zentralen Bauhofes an Samstagen | WP 20-25 SV
68/049 |
| 9 | Pfandsammelbehältnisse im Stadtgebiet von Hilden | WP 20-25 SV
68/050 |
| 10 | Haushalt | |
| 10.1 | Antrag 2025_14 zum Haushalt 2025 der SPD Fraktion; Bepflanzungskonzept | WP 20-25 SV
66/124 |
| 10.2 | Antrag 2025_13 zum Haushalt 2025 der Fraktion der SPD; Förderprogramm Bäume | WP 20-25 SV
66/123 |
| 11 | Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen | |
| 12 | Entgegennahme von Anfragen und Anträgen | |

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende Herr Bartel eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Keine.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich niemand.

1 Befangenheitserklärungen

Keine.

2	Beschlusskontrolle der Beschlüsse des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz, Stand Oktober 2024	WP 20-25 SV 26/065
---	---	--------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz nimmt den Sachstandsbericht über die Umsetzung politisch initiiierter Beschlüsse sowie Beschlüsse zu Anregungen gemäß § 24 GO seines Ausschusses zur Kenntnis.

3	Ergebnisse Gestaltungskonzepte Multifunktionale Flächen	WP 20-25 SV 66/120
---	---	--------------------

Herr Stuhlträger führte in die Sitzungsvorlage ein und erläuterte, dass drei Flächen intensiv untersucht wurden, jedoch aufgrund des flachen Terrains keine hinsichtlich der potentiellen Rückhaltevolumens sinnvolle Lösung zur Umgestaltung zur multifunktionalen Fläche gefunden werden konnte. Diese Ergebnisse wurden im Ergebnisprotokoll festgehalten, aber nicht weiter ausgeführt.

Frau Kehmeier (Bündnis90/DieGrünen) merkte an, dass sich die Untersuchung eher wie ein Spielplatzkonzept lese. Sie warf 2 Fragen auf:

1. Warum ist der Anteil von 3 % von 1 Million Litern als unbedeutend eingeschätzt worden?
2. Wird die Lodenheide mittel- bis langfristig umsetzbar sein?

Des Weiteren schlug sie vor, den ersten Satz aus dem Beschlussvorschlag herauszustreichen und nicht an den drei untersuchten, sondern an anderen, möglicherweise geeigneteren Stellen in Hilden den Ansatz weiter zu verfolgen.

Frau Spielmann-Locks (BA) stellte dar, dass die Stellungnahme den Schluss zulasse, dass keine weiteren Flächen untersucht werden. Im Katalog sind mehrere MFF (multifunktionale Flächen) enthalten. Es stelle sich die Frage, warum die Firma Fischer diese drei Flächen zur Untersuchung ausgewählt hat, wenn diese kein nennenswertes potentiell Rückhaltevolumen besitzen. Bieten sich nicht andere Flächen an, wie z. B. die Oderstraße? Zudem gebe die Stellungnahme keinen Ausblick auf zukünftige Maßnahmen der Stadt. Es wurde angemerkt, dass die Ausgaben für die Untersuchung als unnötig erachtet werden, wenn sie keine konkreten Ergebnisse liefern.

Zum zweiten Teil der Stellungnahme fragte sie, was genau „NSW“ im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung von Grünflächen zur Nutzung von Niederschlagswasser bedeute?

Herr Schielke antwortete für die Verwaltung, dass der Maßnahmen-Katalog ein Grobkonzept der Firma Fischer auf Basis der Starkregenkarte sei. Es gibt Hinweise darauf, wo die Stadt aktiv werden könnte. Eine Umgestaltung von Spielplätzen könnten in diesem Zusammenhang sinnvoll sein, da hier die Maßnahmenumsetzung kurzfristig möglich sei. Zunächst galt es jedoch, die hydraulische Sinnhaftigkeit einer Umgestaltung zu prüfen. Ein Anteil von 3 % ist für Starkregenereignisse nicht relevant.

Hinsichtlich der künftigen Vorgehensweise verwies Herr Schielke darauf, dass in der Stellungnahme steht, dass bei Neubauten und der Umgestaltung von Spielplätzen die Belange einer potentiellen Rückhaltung berücksichtigt werde. Außerdem werde seitens der Verwaltung bei der Anlegung von neuen Baumscheiben angestrebt, Niederschlagswasser so in die Baumscheiben zu führen, dass es für die Bewässerung von Grünflächen nutzbar sei. Jedoch ist dabei zu beachten, dass ein Übermaß an Wasser in diese Grünflächen den Bäumen schade. Es gälte bei der Planung, diesen Konflikt aufzulösen.

Herr Schumann (CDU) stellte dar, dass sich die Stellungnahme wie eine teure Sanierung von Spielplätzen lese. Er fragte, ab welchem Prozentsatz es aus Sicht der Verwaltung sinnvoll, die Umgestaltung von Flächen umzusetzen?

Herr Schielke erläuterte, dass die Effizienz auch vom Schadenspotenzial abhängen, falls das Wasser weiterfließe. Der Regen falle nicht gleichmäßig im gesamten Gebiet, sondern in der Regel an lokal begrenzten Orten, weshalb eine Summierung der Niederschlagswasser auf sämtlichen Flächen des „Einzugsgebiets“ nicht zielführend sei.

Zum Ende der Diskussion stellte der Vorsitzende Herr Bartel (Bündnis90/Die Grünen) zunächst den Änderungsvorschlag von Bündnis90/Die Grünen zur Abstimmung, der die Streichung des ersten Satzes des Beschlussvorschlages zum Inhalt hatte.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei 11 Nein-Stimmen von CDU, SPD, FDP und BA gegen 3 Ja-Stimmen von Bündnis90/Die Grünen.

Anschließend ließ er über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz beschließt, die im Rahmen des Katalogs für kurzfristige Maßnahmen ausgewiesenen multifunktionalen Flächen nicht weiter zu verfolgen.

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Umgestaltung von Grünflächen und der strategischen Planung von Straßen- und Entwässerungsmaßnahmen multifunktionale Nutzungen zur Bewirtschaftung des Niederschlagswassers zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Frau Kehmeier (Bündnis90/DieGrünen) merkte an, dass in der Vergangenheit nach Ihrer Wahrnehmung mehr Fördergelder in Anspruch genommen werden konnten. Sie erkundigte sich, wie der Verwaltung ermöglicht werden könne, sich auf zusätzliche Förderprogramme zu bewerben. Herr Stuhlträger verwies darauf, dass im Dezernat IV ein Fördermittelmanagement bereits aktiv sei, mit dem Bewerbungen um Fördermittel dort eingereicht werden, wo Erfolgspotenzial bestehe. In der SV wird auf die Voraussetzungen des Fördergebers für das Konzept Schwammstadt eingegangen. Hier sei zunächst die Erstellung eines umfangreichen Konzeptes gefordert, damit entsprechende Teilmaßnahmen mit Fördermitteln umgesetzt werden könnten.

Herr Schneider (CDU) wies darauf hin, dass es bei der Schwammstadt darum ginge, Wasser am Ort des Niederschlags zurückzuhalten, damit z. B. wenig zusätzlich bewässert werden muss. Das sei der Grundgedanke. Herr Stuhlträger erläuterte, dass genau dies bei den Maßnahmen des Tiefbau- und Grünflächenamtes erfolge, die wassersensible Gestaltung werde bei allen Maßnahmen an Grünflächen sowieso mitgedacht.

Frau Spielmann-Locks betonte nochmals die Wichtigkeit der Beschaffung von Fördermitteln. Es solle deshalb eine feste Stelle geben, die Fördermittel beschafft.

Herr Stuhlträger verwies nochmals darauf, dass es diese Stelle bereits gebe.

Ohne Widerworte der Ausschussmitglieder erklärte der Vorsitzende des Ausschusses Herr Bartel (Bündnis90/Die Grünen), dass der Antrag sich aufgrund der Erläuterungen der Verwaltung erledigt habe.

Antragstext (für den Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz):

Im Namen der Bürgerinitiative Schwammstadt Hilden beantragen wir hiermit, dass die Stadtverwaltung Hilden prüft, ob es für die Umsetzung eines Schwammstadt-Konzeptes Fördergelder vom Bund, Land, der Europäischen Union oder weitere Fördermittel gibt und welche Maßnahmen dafür notwendig sind, um diese Gelder zu beantragen.

Beschlussvorschlag für den Hauptausschuss:

Der Bürgerantrag wird zur fachlichen Bewertung sowie zur Entscheidung an den Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz verwiesen.

Eine Empfehlung hierzu spricht der Hauptausschuss nicht aus.

Antragstext (für den Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz):

Im Namen der Bürgerinitiative Schwammstadt Hilden beantragen wir hiermit, dass die Stadtverwaltung Hilden prüft, ob es für die Umsetzung eines Schwammstadt-Konzeptes Fördergelder vom Bund, Land, der Europäischen Union oder weitere Fördermittel gibt und welche Maßnahmen dafür notwendig sind, um diese Gelder zu beantragen.

Herrn Stuhlträger leitete ein, dass es bisher keinen neuen Sachstand gäbe. Er fügte hinzu, dass ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Verpackungssteuer noch ausstehe. Frau Kehmeier (Bündnis 90/ Die Grünen) möchte das Thema nochmal aufgreifen, wenn es zu einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes gekommen ist. Frau Spielmann-Locks/ BA stimmte Frau Kehmeier zu und beantragte eine Vertagung des Tagesordnungspunktes auf das nächste Jahr. Sie fügte hinzu, dass eine Angabe fehle, über wieviel Euro gesprochen werde. Man solle die rechtliche Klärung abwarten.

Antragstext Vertagung:

Die Bürgerfraktion im Rat der Stadt Hilden beantragt eine Vertagung des Tagesordnungspunktes „Erhebung einer örtlichen Verbrauchssteuer auf Einweg-Takeaway-Verpackungen“ auf den Zeitpunkt, an dem ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts diesbezüglich vorliegt.

Abstimmungsergebnis zum Vertagungsantrag:

Mehrheitlich abgelehnt gegen 4 Ja-Stimmen der Bündnis 90/ Die Grünen und der Bürgerfraktion.

Herr Schneider (CDU) sprach sich gegen eine örtliche Verpackungssteuer aus und begründet die Ablehnung damit, dass die Verpackungssteuer auf Einweg-Takeaway-Verpackungen an den Endverbraucher abgewälzt werde, genauso wie es bei Liefergebühren der Fall sei. Frau Spielmann-Locks (BA) fragte sich, wie das Müllproblem künftig sonst gelöst werden solle. Herr Stuhlträger gab zu bedenken, dass es bereits recycelbare und verwertbare Stoffe gibt, die gesetzlich vorgeschrieben sind, zum Beispiel darf Plastik nicht mehr genutzt werden. Herr Kimmel (CDU) erwiderte Frau Spielmann-Locks, dass der Antrag unrealistisch und nicht umsetzbar ist, weil die Zahl der genutzten und zu versteuernden Verpackungsmaterialien nicht nachprüfbar sei. Auch könne das Müllproblem nicht in Hilden alleine gelöst werden. Frau Bauer (SPD) schloss sich den Vorrednern an. Frau Spielmann-Locks argumentierte weiter, dass bei Abfällen durch die Steuer auch eine Lenkungsfunction vorhanden sei, um eine Verhaltensänderung herbeizuführen.

Vorsitzender Herr Bartel ließ über eine mögliche künftige Erhebung einer Verpackungssteuer abstimmen.

Beschlussvorschlag für den Hauptausschuss:

Die Bürgeranträge werden zur fachlichen Bewertung sowie Vorberatung an den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen sowie zur Entscheidung an den Rat verwiesen.

Eine Empfehlung hierzu spricht der Hauptausschuss nicht aus.

Antragstext für den Rat nach Vorberatung im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen:

Deshalb beantrage ich hiermit die schnelle Einführung einer örtlichen Verbrauchssteuer auf die Ausgabe von Speisen und Getränken in Einwegverpackungen in meiner und Ihrer Stadt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt mit 10 Nein-Stimmen von CDU, SPD und FDP bei 4 Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen und BA

Der Vorsitzende Herr Bartel leitete ein, dass der Antrag von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, vom 10.09.2024 eingegangen sei und die Stadtverwaltung drei Optionen aufzeige:

- Option 1: Zentrale Übersichtsseite auf der städtischen Homepage
- Option 2: Externe Werbekampagne durch Agentur
- Option 3: Beteiligung an der kreisweiten Website des Kreises Mettmann

Frau Kehmeier (Bündnis 90/ Die Grünen) betonte, dass aus ihrer Sicht Option 1 die bestmögliche sei. Sie fügte hinzu, dass auch Plakate mit dem Schriftzug „Hilden Klimaneutral“ angebracht werden könnten. Weiterhin brachte Frau Kehmeier ein, ein solches Logo auch für die sozialen Medien zu nutzen.

Die SPD sprach sich ebenso wie die CDU aus Kostengründen für Option 3 aus. Frau Spielmann-Locks (BA) fragte nach, ob unmittelbare Kosten oder andere mittelbare Kosten auf die Verwaltung zukommen. Herr Stuhlträger antwortete, dass Kosten entstehen, die Höhe allerdings nicht klar ist und bei Option 3 über die Kreisumlage verrechnet werden.

Da sich niemand für die Option 2 aussprach, ließ der Vorsitzende Herr Bartel (Bündnis90/Die Grünen) über diese Option nicht abstimmen.

Antragstext:

Die Verwaltung wird gebeten, begleitend zu allen städtischen Maßnahmen, die im Zusammenhang mit dem Klimawandel, bzw. der Klimaanpassung stehen, wie z.B. Umsetzung des Mobilitätskonzepts, Baumpflanzungen, etc., erklärende Informationen in die Öffentlichkeit zu geben. Dies kann auf der städtischen Homepage, in den sozialen Medien, in der Presse usw. geschehen. Die Bürgerinnen und Bürger erhalten dadurch eine Hilfestellung, die einzelnen Maßnahmen wahrzunehmen, sie besser zu verstehen und richtig einzuordnen.

Es wurde getrennt über die Optionen abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Option 1: mehrheitlich abgelehnt bei 10 Nein-Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen 4 Ja-Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und BA

Option 2: über diese Option wurde nicht abgestimmt

Option 3: mehrheitlich beschlossen bei 12 Ja-Stimmen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen 2 Nein-Stimmen von FDP und BA

Herr Stuhlträger erläuterte, dass nach den bisherigen Kommunalrichtlinien die Offenlage der Kommunalen Wärmeplanung nicht vorgesehen war. Aufgrund des neuen Gesetzesrahmens sei nun jedoch eine öffentliche Auslegung erforderlich. Aufgrund der Offenlage verschiebe sich der ursprünglich geplante Abschluss des Planungsverfahrens. Auf Nachfrage von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erläuterte er, dass der neue Gesetzesrahmen möglicherweise Auswirkungen auf den Förderbescheid habe. Nach kurzer Diskussion wurde über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz, die öffentliche Auslegung des Entwurfs des Endberichts der Kommunalen Wärmeplanung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8 Öffnungszeit des Wertstoffhofes des Zentralen Bauhofes an
 Samstagen

WP 20-25 SV 68/049

Herrn Stuhlträger erläuterte, dass der Wertstoffhof aus Sicht der Verwaltung seine Öffnungszeiten an Samstagen um 30 Minuten reduzieren könne. Erfassungen der Verkehrsströme, die der Bauhof an Samstagen durchgeführt hatte, ergaben, dass zwischen 13 und 13.30 Uhr nur eine geringe Personenanzahl den Wertstoffhof besuche.

Änderungsantrag:

Frau Spielmann-Locks/ BA schlug vor, auf die ursprünglichen Öffnungszeiten von 8 bis 12 Uhr zurückzukehren. Sie betonte, dass man somit 27.000 Euro Personalkosten einsparen könne.

Abstimmungsergebnis Änderungsantrag:

Mehrheitlich abgelehnt mit 13 Nein-Stimmen und einer Ja-Stimme der BA.

Im Anschluss ließ der Vorsitzende über den Verwaltungsvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beschließt der Rat der Stadt Hilden, dass die Öffnungszeit des Wertstoffhofes an Samstagen um 13:00 Uhr endet.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 13 Ja-Stimmen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und BA gegen 1 Nein-Stimme der FDP

9 Pfandsammelbehältnisse im Stadtgebiet von Hilden

WP 20-25 SV 68/050

Frau Hammer (SPD) bedankte sich dafür, dass die Pfandsammelbehälter nach Abschluss des Versuchs hängen gelassen worden sind.

Frau Spielmann-Locks (BA) erkundigte sich nach den Kosten der Pfandsammelbehälter. Frau Hammer (SPD) erkundigte sich, ob die Kosten über die Abfallgebühren refinanzierbar seien. Herr Stuhlträger, Dezernent IV, erklärte, dass keine Refinanzierung über die Abfallgebühren durch deren Nutzung möglich sei, da es ein Teil der öffentlichen Straßenreinigung darstelle.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

10.1 Antrag 2025_14 zum Haushalt 2025 der SPD Fraktion; Bepflanzungskonzept

WP 20-25 SV 66/124

Frau Hammer (SPD) erklärte den Antrag für erledigt.

Auf Nachfrage von Frau Hammer (SPD) und Frau Kehmeier (Bündnis90/DieGrünen) bot Herr Stuhlträger an, im UKS zu berichten, wie sich die Probefläche am Rathaus und im Nordpark entwickle. Er gehe davon aus, dass nach und nach Staudenbeete angelegt werden.

Das Stadtbaumkonzept sei davon losgelöst zu betrachten. Fr. Richter werde sich nach Erstellung des Konzeptes im UKS vorstellen.

Antragstext:

Auf Antrag der SPD-Fraktion beschließt der Rat, dass ein umfassendes Konzept zur nachhaltigen Bepflanzung im öffentlichen Raum erarbeitet und anschließend umgesetzt wird.

Abstimmungsergebnis:

Frau Hammer/ SPD erklärte, dass sich der Antrag auf Grund der Ausführungen in der Sitzungsvorlage erledigt habe.

10.2 Antrag 2025_13 zum Haushalt 2025 der Fraktion der SPD; Förderprogramm Bäume

WP 20-25 SV 66/123

Frau Hammer (SPD) erklärte, dass ihre Fraktion an dem Antrag festhalte, weil derzeit keine Neupflanzungen von Straßenbäumen vorgesehen sei. So könne die Neupflanzung gefördert werden.

Frau Kehmeier (Bündnis/DieGrünen) bewertete die Idee positiv, da die Neupflanzung von Bäumen letztendlich allen Bürgerinnen und Bürger zugute komme. Hr. Schumann (CDU) äußerte hingegen Bedenken, dass diese Art der Förderung vor allem Mitnahmeeffekte generieren würde.

Frau Spielmann-Locks (BA) schloss sich der Verwaltungsmeinung an.

Antragstext:

Auf Antrag der SPD-Fraktion beschließt der Rat, dass ein städtisches Förderprogramm zur gezielten Unterstützung von Neuanpflanzung von Bäumen eingerichtet wird. Ziel dieses Programms ist es, den Baumbestand entlang öffentlicher Wege und Straßen auf Privatgrundstücken zu erhöhen. Neuanpflanzungen auf privaten Grundstücken, die an öffentliche Straßen und Wege grenzen, sollen mit 200 € pro Baum bezuschusst werden. Mit einem jährlichen Budget von 4.000 Euro soll das Programm aktiv zur Pflanzung neuer Bäume beitragen und so die Lebensqualität sowie das Stadtklima nachhaltig verbessern. Ein entsprechendes Konzept ist zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt bei Stimmgleichheit mit 7 Nein-Stimmen von CDU, FDP und BA gegen 7 Ja-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen

11 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Herr Stuhlträger erläuterte zum Protokoll der letzten Sitzung, dass die Schriftführung die Sollvorgabe aus der Geschäftsordnung zur Protokollerstellung nicht einhalten konnte. Er bat um Entschuldigung und erklärte, dass durch organisatorische Maßnahmen mittelfristig eine schnellere Protokollerstellung angestrebt werde.

12 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Anfragen der Fraktionen sind dem Protokoll beigelegt.

Ende der Sitzung: 18:24 Uhr

Klaus-Dieter-Bartel / Datum
Vorsitzender

Peter Palitza / Datum
Schriftführer

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum
Bürgermeister

Peter Stuhlträger / Datum
Beigeordneter